No. 304. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 1. Juli 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche .. 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuser Str. 1, Sorauerstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 18b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Reichsfinanzreform.

Was uns helfen kann.

Von parlamentarischer Seite schreibt man uns: Die Finanzreform scheint fertig zu sein. Der Herr Schatzsekretär Sydow hat seinen Plan festgestellt, vom Kaiser ist er in seiner Hamburger Rede gebilligt. Am Montag wurde er in einer Konferenz mit Finanzministern der verbündeten Regierungen besprochen. Diese oder jene Blume mag noch aus dem stattlichen Bukett, das der Schatzsekretär präsentiert, entfernt, manche hinzugefügt werden. Da die Einzelheiten des Planes noch nicht bekannt gegeben sind, erübrigt es sich für jetzt, in eine nähere Erörterung einzutreten. Nach allem, was man bis jetzt gehört hat, wird es hauptsächlich darauf hinauskommen, an verschiedenen Stellen die Produktion und den Verkehr zu belasten; die Folge wird sein, den Absatz zu beschränken und die Lebenshaltung noch mehr in die Höhe zu treiben, als es jetzt der Fall ist. Wie weit dabei auf eine Ergänzung dieser Steuern durch direkte, sei es nun eine Reichseinkommensteuer, eine Erbschaftssteuer oder eine Umgestaltung der Matrikularbeiträge, Bedacht genommen ist, darüber weiß man noch nichts, noch weniger erfährt man darüber, ob es sich wirklich um eine Finanzreform handelt. Bis jetzt hört man immer nur von einer außerordentlichen Steuererhöhung.

Die bisherige Finanzverwaltung hat zu dem trübseligen Resultat geführt, daß das Reich in kurzer Frist mit einer enormen Schuldenlast bepackt ist, und daß die Ausgaben die Einnahmen um ein gewaltiges übersteigen.

Wie erklärt es sich denn, daß das Deutsche Reich in solche Finanznot hineingeraten ist? Sehr einfach! Erschien eine Ausgabe nötig oder nützlich, dann wurde sie beschlossen ohne viel Rücksicht auf die Steuerkraft. Brachten die Steuern nicht genug, so wurden die Matrikularbeiträge oder — und zwar regelmäßig in hohen Beträgen — die Anleihe zu Hilfe genommen. So wurde gewirtschaftet, bis es gar nicht mehr weiter ging; dann kamen neue Steuern, die in kurzem und in gleicher Weise aufgebraucht wurden. Die Schuld wuchs rapide.

So darf nicht weiter gewirtschaftet werden! Die hohen Anleihen bilden für das Reich eine außerordentliche Belastung, weil sie zum allergrößten Teil nicht gedeckt werden durch Einnahmen aus den mit ihnen gemachten Anlagen. Im Gegenteil! Die militärischen Einrichtungen, die Schiffe, die sonstigen Marineanstalten bringen nicht allein nichts ein, sondern sie verursachen noch große Unterhaltungskosten. Bei einem weiteren Beschreiten dieses Weges würde die Belastung des Volkes sehr bald unerträglich und die finanzielle Situation des Reiches völlig unhaltbar werden. Schon heute ist der Kredit des Reiches schlecht, und geht es so weiter, so wird es ihm unmöglich sein, seine Anleihen auf einem einigermaßen leidlichen Kursstande zu erhalten. Von einer Abzahlung der Schuld kann erst recht keine Rede sein. Und eine ruckweise große Steuererhöhung schafft zwar eine augenblicklich günstige Finanzlage, führt aber nur zu einer neuen Erhöhung der Ausgaben und bald zu der alten Not.

Ohne eine Beschränkung der Ausgaben gibt es keine wirksame Finanzreform, und diese verlangt eine solche Finanzierung, daß wenigstens alle Ausgaben, die nicht werbend sind, nicht auf Anleihen genommen, sondern aus den laufenden Einnahmen und Steuern bestritten werden.

Tritt nicht eine radikale Aenderung ein, so wird der Schatzsekretär in kurzer Frist ein neues Steuerbukett binden müssen, wahrscheinlich nicht Herr Sydow; es wird ihm gehen wie dem Herrn v. Stengel, er wird der Sündenbock sein für eine Finanzpolitik, die er freilich vertritt, deren Schuld aber an anderer Stelle liegt.

Es ist leicht auszurechnen, wie kurze Zeit selbst eine Steuererhöhung von 400 Millionen reichen wird, wenn die Ausgaben, besonders für Militär und Marine, in bisheriger Weise weiter wachsen. Und wir werden wohl erfahren, daß, wenn schon eine so hohe Belastung des Volkes mit indirekten Abgaben auf die täglichen Gebrauchsgegenstände und die notwendigsten Lebensbedürfnisse für Staat und Privilegierte vorliegt wie bei uns, neue Steuern nicht das bringen, was man ausrechnet. Am wenigsten in einer solchen Zeit wie der gegenwärtigen.

Es muß endlich daran gedacht werden, sparsam zu wirtschaften, und das beste Mittel dazu ist, wenn jedes Jahr seine Ausgaben selbst zu decken hat, sie nicht durch Anleihen auf die Zukunft abwälzen kann. Dazu gehört freilich ein Steuersystem, das einen beweglichen Teil hat, eine oder mehrere Steuern, die jährlich festgesetzt werden. Die Matrikularbeiträge können vielleicht zu einer solchen ausgestaltet werden, aber dann müssen die Ueberweisungen wegfallen, und die Festsetzung muß jährlich eine definitive sein; die Stundung muß wegfallen. Sie wären dann eine direkte Reichssteuer, die aber nicht vom Reiche, sondern von den einzelnen Staaten in der Weise, wie sie es für richtig halten, erhoben und an das Reich abgeführt wird. Es lassen sich auch andere Wege zu demselben Ziele finden. Das Wesentliche aber ist, daß jedes Jahr die Möglichkeit geboten wird, die Steuer in Einklang mit den Ausgaben zu bringen, und der Stolz eines Schatzsekretärs muß nicht darin bestehen, immer höhere Steuern zu schaffen, sondern sie zu ermäßigen.

Mit einem Schlage läßt sich eine Gesundung der gründlich verfahrenen Finanzverhältnisse nicht herbeiführen, aber mindestens dürfen sie nicht (durch Beibehaltung des bisherigen Verfahrens) immer weiter verschlechtert werden, und es muß der ernste Wille vorhanden sein und betätigt werden, allmählich und in möglichst kurzer Zeit die Anleihewirtschaft zu beseitigen und die Ausgaben so zu gestalten, daß sie ohne Ueberlastung des Volkes, insbesondere seiner wirtschaftlich schwächeren Schichten, getragen werden können.

Eulenburg und Pierson.

Eine interessante Aufklärung zu dem seltsamen Vorgehen des Fürsten Eulenburg gegen den verstorbenen Intendanturdirektor Geheimrat Pierson, über das wir schon Mitteilungen gebracht haben, bringt der neue „Roland von Berlin". Es heißt da:

„Wer ist Frau B.? . . . Alle Leute zerbrechen sich den Kopf, wer die Dame sein mag, auf deren Information hin Fürst zu Eulenburg den Geheimrat Pierson so schwer kränkte. Ich glaube auf der richtigen Spur zu sein, wenn ich an die Schwägerin eines unserer berühmtesten Hofschauspieler denke, der längst im Grabe ruht. Die Dame selbst hat sicherlich nichts Böses gewollt, und sie konnte auch nichts Kompromittierendes wissen, denn Geheimrat Pierson ist bis zu seinem letzten Atemzuge ein tadelloser Ehrenmann geblieben. Dieses Zeugnis stellt ihm auch der Geheime Hofrat Winter aus, der die Bücher von ihm übernahm und gegen die Geschäftsführung des Verstorbenen auch nicht das geringste zu erinnern fand.

Es ist gleichfalls ein heller Wahnsinn, wenn Leute behaupten wollen, daß Fürst zu Eulenburg den Grafen v. Hochberg stürzen wollte, um den Weg zu dem Posten eines Generalintendanten für Georg v. Hülsen freizumachen. Der Kandidat des Fürsten v. Eulenburg war kein anderer als sein Freund, der Stadtkommandant Graf v. Moltke! Für ihn, nur für ihn hat er die ganze Sache angezettelt, und trotz seiner späteren de- und wehmütigen Abbitte ist der arme Geheimrat, der ohnehin schwer herzkrank war, an diesen Aufregungen zugrunde gegangen."

Oberfeuerwerksmaat und Sprachlehrer.

Zu der jüngsten Kieler Landesverratsaffäre, über die wir kürzlich berichtet haben, wird jetzt bekannt, daß die Geliebte des verhafteten Oberfeuerwerksmaats Dietrich eine Sprachlehrerin Petersen aus Hamburg ist, die bereits in reiferem Alter steht. Sie war seit einiger Zeit in Kiel ansässig, wo sie anfangs im Hause eines Korvettenkapitäns unterrichtete. Die Verbindung mit Dietrich knüpfte sie auch politischen Motiven an. Die Sprachlehrerin stand im Solde Frankreichs, das ihr für ihre Dienste angeblich 500 Francs monatlich zahlte. Die Verräterin reiste oft nach Paris, wo sie das Geld abhob. In den letzten Wochen wurde sie ständig von einem geheimen Kriminalbeamten überwacht. Der Beamte mietete sich neben ihrem Zimmer ein, und so gelang es ihm, aus den Gesprächen zwischen dem Obermaat und der Petersen zu entnehmen, daß sie die polizeiliche Ueberwachung bemerkt hatten und nun beabsichtigten, das Material unauffällig zu vernichten. Nach diesem belauschten Gespräch hatte die Polizei zugegriffen und die beiden verhaftet. Die Polizei hatte übrigens schon vorher Material dadurch erhalten, daß sie alle ankommenden und abgehenden Briefe der Petersen photographierte. Die Petersen bestreitet jede Schuld, dagegen hat Dietrich gestanden, seiner Geliebten Sprengstoffgeheimnisse ausgeliefert zu haben.

Sie werden rabiat.

Die englischen Frauenrechtlerinnen veranstalteten, wie aus London berichtet wird, gestern abend eine große Demonstration auf dem Parlamentssquare vor dem Parlamentsgebäude. Die Kundgebung war bei weitem ernsthafter als die früheren. 29 Frauen wurden verhaftet. Die ungeheuere Menschenmenge konnte nur mit großer Mühe von der berittenen Polizeitruppe und der Polizei zu Fuß vor ernstlichen Ausschreitungen zurückgehalten werden. Später machten die Frauenrechtlerinnen einen Angriff auf die Amtswohnung des Premierministers Asquith und schlugen die Fenster ein. Hierbei wurden zwei Verhaftungen vorgenommen.

Professor Bernhard abgelehnt.

Die Entschließung der Philosophischen Fakultät im „Fall Bernhard" ist, wie hiesige Blätter melden, nunmehr erfolgt. Die Fakultät hat in einer außerordentlichen Sitzung, die am 29. Juni nachmittags stattgefunden hat, beschlossen, die Berufung Professor Bernhards an die Berliner Universität abzulehnen. Die Fakultät hat erklärt, daß gegen die Person des Gelehrten keinerlei Einwendung erhoben wird, daß sie aber „unter den jetzigen Umständen den Eintritt von Professor Bernhard nicht wünscht, weil seine Versetzung nach Berlin ohne Anhörung der Fakultät geschah". — Wie weiter gemeldet wird, will sich Professor Bernhard ins Privatleben zurückziehen. Interessant ist es, daß angeblich ein großes industrielles Unternehmen sich bereits bemüht, den Nationalökonomen, um dessen Berufung ein solcher Streit entstanden ist, zum Eintritt in das Unternehmen zu bewegen.

Die Ersatzwahl in Czarnikau-Filehne.

Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl für den Wahlkreis Kolmar-Czarnikau-Filehne wurden abgegeben für Ritter (konservativ) 9594 Stimmen, für Lebinski (Pole) 6528, für Hoffmann (Reformpartei) 3650, für Altmann (nationalliberal) 2456 und für Schulz (Sozialdemokrat) 1003 Stimmen. Es ist mithin Stichwahl zwischen Ritter und Lebinski erforderlich.

Der Wahlkreis war seit 1886 im Reichstage konservativ vertreten bis auf die Legislaturperiode 1898 bis 1903. Damals siegte der Abgeordnete Ernst (freisinnige Vereinigung) über den Konservativen. Seit dem Jahre 1903 hatte das Mandat der kürzlich verstorbene konservative Kandidat Zindler inne.

Bülow in Norderney.

Der Reichskanzler Fürst Bülow ist gestern abend von Berlin nach Norderney abgereist.

Lucanus' Erkrankung.

Aus Potsdam wird berichtet: Nach einer gut verbrachten Nacht ist das Befinden des erkrankten Chefs des Geheimen Zivilkabinetts v. Lucanus heute zufriedenstellend.

Der agrarische Bürgermeister.

Eine interessante Nachricht kommt aus Weißenfels a. S. Der dortige Oberbürgermeister Wardehn, der von den Städtetagen her als agrarischer Reaktionar und „nationaler" Außenseiter bekannt ist, und der vor Jahren einmal „zur Belohnung" in die Kolonialverwaltung übernommen werden sollte, ist nicht wiedergewählt worden. Wie uns ein Telegramm meldet, hat die Stadtverordnetenversammlung seine Wiederwahl mit 22 gegen 10 Stimmen abgelehnt. — Vermutlich wird der Staat Herrn Wardehn bald ein Pflaster auf die Wunde kleben.

Zum Tode verurteilt.

Wie aus Lemberg berichtet wird, verurteilte das Geschworenengericht den Mörder des Statthalters Potocki, den ruthenischen Studenten Siczynski zum Tode durch den Strang.

Russische Rüstungen an der Westgrenze.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, verhandelte die russische Reichsduma in ihrer gestrigen nichtöffentlichen Abendsitzung über zwei Vorlagen des Kriegsministers bezüglich der Bewilligung von Mitteln zur Vervollständigung der Vorräte und Materialien und zum Bau der für diesen Zweck nötigen Gebäude und dann zur Erforschung strategischer Wege im westlichen Grenzgebiete.

Der Referent Graf Bobrinsky (gemäßigte Rechte) teilte mit, daß man bei der vereinigten Beratung der Budget- und der Landesverteidigungskommission zu dem Beschlusse gekommen sei, daß die Bewilligung der geforderten Kredite dringend notwendig sei, und daß der vom Kriegsminister bezeichnete Termin für diese Ausgaben der äußerste sei, wenn man nicht riskieren wolle, daß die russische Armee im Falle einer Mobilisation ungenügend mit allem Notwendigen versehen sei. Die Ausgaben, die das Kriegsressort gegenwärtig nachsuche, erschöpften nicht die materiellen Opfer, die Rußland zur vollkommenen Erfüllung seiner Pflicht dem Vaterlande gegenüber hinsichtlich der Unantastbarkeit der Grenzen zu erfüllen habe.

Der Kriegsminister erwiderte, daß die Ausgaben des Kriegsressorts, sogar die außerordentlichen, die gegenwärtig nachgesucht würden, nicht übergroß erschienen im Vergleiche zu den Ausgaben des Krieges, den Rußland zu führen gehabt habe. Die Ausgaben seien nichts im Vergleiche zu den materiellen und moralischen Verlusten, die Rußland infolge Unvorbereitetseins erlitten habe. Eine Verringerung der Armee sei zwar wünschenswert, jedoch erst mit der Zeit möglich. Man müsse für die Armee die notwendigen Lehrkörper schaffen und ein dauerndes Kontingent von Unteroffizieren heranbilden, nur dann könne man an Einschränkungen denken. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Die Duma genehmigte schließlich die beiden Vorlagen, in denen insgesamt 150 Millionen Rubel gefordert werden.

Bei der gegenwärtigen finanziellen Lage Rußlands sind 150 Millionen Rubel zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft und für die Verbesserung der Landesverteidigung im westlichen Grenzgebiete Rußlands keine geringe Ausgabe. Eine derartige auffällige Maßnahme wird sicherlich die allgemeine Nervosität, die schon heute in Europa hinsichtlich drohender Kriegsgefahren herrscht, noch erheblich steigern.

Indische Beklemmungen.

Nach einem Telegramm aus London besprach in der gestrigen Sitzung des englischen Oberhauses Lord Curzon die Lage in Indien, insbesondere die Lage an der Grenze, Englands Beziehungen zum Emir und die inneren Unruhen. Er sagte, der beunruhigende Zug des jüngsten Aufstandes der Mohmands sei das Auftreten einer zum großen Teile aus Afghanen zusammengesetzten Macht gewesen. Es sei wichtig, daß zwischen England und dem Emir ein durchaus klares Einverständnis herrsche und die gegenseitigen Verpflichtungen treulich erfüllt würden. Bezüglich des englisch-russischen Vertrages sei vom Emir noch keine Antwort eingegangen. Er hoffe bestimmt, daß im Interesse der Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland und der englischen Beziehungen zu dem Emir eine befriedigende Antwort erfolgen werde.

Der Redner besprach sodann im einzelnen die innere Lage Indiens, die Gegenstand größter Besorgnis gewesen sei. Die jüngsten Ereignisse seien nicht zurückzuführen auf vereinzelte Ursachen, sondern auf einen überlegten Feldzugsplan gegen die britische Herrschaft. Er hätte gehofft, daß die gefährlichen Symptome nachlassen würden, aber man müsse rechnen mit einer immer wiederkehrenden Erneuerung der Unruhen in Indien, weil die Ursachen nicht vorübergehend, sondern in gewisser Beziehung fast dauernde seien. Er wolle Morley nicht zu einer Politik des Schreckens oder der Unterdrückung drängen, aber er wünsche dringend, daß das Gesetz und die Ordnung aufrecht erhalten werden.

Der Staatssekretär für Indien, John Morley ging auf die jüngsten Grenzexpeditionen ein und erklärte, sie seien mit außerordentlichem militärischen Geschick und Wirksamkeit ausgeführt worden. Die Regierung huldige durchaus keiner Politik der Annektion oder einer dauernden Besetzung des Stammesgebietes, und dies sei das wahre Geheimnis des Erfolges der Expedition gewesen. Es sei richtig, daß afghanische Banden bei dieser Expeditionen mit verwendet worden seien, aber der Emir hätte sein